ummer 202. XXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Freitag, 21. April 1893.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Das deutsche Kaiserpaar in Rom.

Der Empfang, den Kaiser Wilhelm II. und Kaiserin Auguste oria gestern in der ewigen Stadt gefunden haben, ist ein überigend enthusiastischer gewesen. Die Mitglieder des ses Savoyen, die offizielle Welt und alle Schichten der Bevöl- ng welteifern, um ihren Sympathien für das deutsche serpaar und das deutsche Volk stürmischen Ausdruck zu geben. s besonders hervorzuheben ist die Haltung der Presse des nigreichs Italien. Unser Römischer ☞-Korrespondent nt ausdrücklich, daß kein Gegner des Dreibunds sich er zum Worte gemeldet hat. Die Blätter der verschiedensten teischattirungen, deren Auslassungen im heutigen Morgenblatte dergegeben sind, wie „Fanfulla" und „Tribuna", „Corriere di poli" und „Mattino" überbieten sich geradezu, indem sie mit icher Phantasie, in fast überschwänglichen Bildern die hohen chtstellung im europäischen Konzert verdankt, hat sich allmälig allen Kreisen Bahn gebrochen.

Aus dem unpolitischen Besuch ist somit ein politisches Ereigniß ten Ranges und weitester Tragweite geworden. Dies ließ sich erdings voraussehen, aber die Hoffnungen derjenigen, welche von r Kaiserreise eine abermalige Förderung der friedlichen Be- ebungen und eine neue Festigung des Dreibunds erwarteten, d noch übertroffen worden. Von unserem Römischen ☞- rrespondenten wird uns heute Vormittag ferner legraphirt:

Noch immer beschäftigt sich die italienische Presse mit dem olitischen Charakter der Kaiserreise. Der „Popolo omano" schreibt, der Dreibund, welcher die Integrität der in ihm rtretenen Länder schütze, gewinne aus der Kaiserreise neues Vertrauen m Vortheile des Weltfriedens. Auch der „Popolo Romano" hebt, ie die anderen Blätter, das blühende und heitere Aussehen des aiserpaares hervor, auf den die Ovationen der zweihunderttausend ihm jubelnden Italiener sichtlich einen tiefen Eindruck genacht hätten. ebracht; in allen Restaurants und Cafés hört man die Leute mit ichthaltiger Bewunderung von der Kaiserin sprechen.

Wir haben oben mit Absicht von der Presse des italienischen inigreichs gesprochen. Daß die Presse des Vatikans nicht ur schmallend abseits steht, sondern sich sogar in gehässigen rtachtungen ergeht, kann eigentlich Niemanden Wunder ehmen, der weiß, daß im Vatikan die Intransigenten das große Wort führen. Einem weiteren Telegramm unseres Römischen ☞-Korrespondenten entnehmen wir:

Die vatikanische Presse enthält sich jedweden Kommentars zur aiserreise und beschränkt sich auf die Hervorhebung gewisser ngeblicher Zwischenfälle; namentlich der „Osservatore" leistete darin so Großes, daß er konfiszirt wurde. Die „Voce della Verita" veröffentlicht einen tendenziösen Leitrtikel über den Quirinalpalast, den sie als päpstliches igenthum reklamirt.

Diese jesuitischen Taktlosigkeiten vermögen an dem allgemeinen rhebenden Eindrucke der Römischen Kaiserlage nichts zu ändern.

* * *

Wien, 21. April. (D.-B. H.) Die offiziöse „Presse" bemerkt zu er Romreise des deutschen Kaiserpaares: Das deutsche Kaiserpaar ist in Rom angekommen, und es ist ihm dort nicht nur durch die offiziellen Kreise, sondern auch von Seiten der Bevölkerung ein glänzender Empfang zu Theil geworden. Dadurch gewinnt die Anwesenheit so hervorragender Gäste einen ganz unbeabsichtigten, aber um so bedeutsameren politischen Ausdruck, welcher der herrschenden friedfertigen Situation gewiß zu Statten kommen wird.

Oberbürgermeisterliches aus Madrid.

(Von unserem Korrespondenten.)

☞ **Madrid**, 17. April.

In der spanischen Hauptstadt wird heute Herr Angulo, welcher nnerhalb dreier Jahre der neunte Oberbürgermeister von Madrid ist, in sein Amt eingeführt werden. Denn die Korruption in der Municipalität und der fruchtlose, von Seiten der Regierung nicht unterstützte Kampf mit derselben hat eben nach kaum fünfmonatlicher Amtszeit auch seinen Vorgänger, den tüchtigen Grafen San Bernardo, verschlungen, und er wird nach kurzer Zeit auch den neuen Alkalden, wenn derselbe ein tüchtiger Mann ist, verschlingen; denn, um mit dem abgehenden Grafen San Bernardo zu sprechen, nur derjenige, welcher mit den Wölfen heult, wird sich an der Spitze des Madrider Stadtraths behaupten können, während derjenige, welcher das Uebel mit der Wurzel ausrotten will, von vornherein ein verlorener Mann ist. Es hat unter den acht vergangenen Oberbürgermeistern Männer der verschiedensten Stände, Willensrichtung und Sinnesart gegeben. Nicht weniger denn vier Angehörige der hohen Aristokratie; von ihnen sämmtlich muß eingestanden werden, daß sie mit den ehrlichsten Absichten das Amt antraten, daß ihre Erfolge unter einander jedoch weit abwichen. Der Herzog Bisbaherwosa konnte es nicht vertragen, daß er in öffentlicher Sitzung von den oppositionirenden Stadtverordneten zu hart und rücksichtslos angeschrieen wurde. Graf Penalver fiel innerhalb acht Tagen in Folge des Regierungswechsels mit der konservativen Partei, zu welcher er gehörte; er hatte nicht Zeit, zu zeigen, was er konnte. Der Marquis Cubas und heute Graf San Bernardo sind gefallen, weil sie den Stier bei den Hörnern zu fassen versuchten. Die öffentliche Meinung applaudirte ihnen, aber der Beifall war nur theoretisch und kam zu sehr aus der Ferne, als daß er hätte wirksam sein können, während die konservative, heute die liberale Regierung ein neues Geschwür an dem Körper der eigenen Partei zu erzeugen fürchtete, wenn sie das ihnen politisch anhängende Stadtverordnetenkollegium zu sehr erzürnte; so opferten sie die Person der Sache, über deren Moralität freilich gestritten werden darf. Oberbürgermeister war auch eine Zeit lang ein Journalist, Herr Andrés Mellado, damals Direktor des Imparcial, heute derjenige der Correspondencia de Espana; das war ein feiner, höflicher Kavalier, der keinem Einzigen wehe thun wollte und Allen gerecht zu werden versuchte, aber sich bald zurückzog, weil er einsah, daß der Doktrinarismus hier nicht am Platze sei, und daß nur mit Extremen gehandelt werden könne. Auch politische Abenteurer standen an der Spitze der Munizipalität; ein Bosch, der mit scharfem Blick erkannte, daß an diesem faulen Körper nichts zu heilen sei, der „Nach uns die Sintflut" auf sein Panier setzte und demgemäß der Interessenwirthschaft die Zügel schießen ließ.

Die Umstände, welche den Fall des letzten Alkalden herbeigeführt haben, sind eigenthümlicher, für den Ausländer beinahe unverständlicher Art. Graf Bernardo hat ausgerechnet, daß er für das nächste städtische Wirthschaftsjahr mit einem geringeren Budget regieren kann als in den Vorjahren; dieses geringere Budget wird von den Stadtverordneten zurückgewiesen. Es findet sich hier also ein König, welcher die Lasten seiner Unterthanen verringern will und die Möglichkeit einer solchen Verringerung amtlich und durch Zahlenbelege nachweist; und ihm gegenüber ein Parlament, welches seine ursprüngliche Bestimmung, der Verschwendungssucht des Herrschers Zügel anzulegen, ganz und gar verleugnet und, jede Debatte darüber zurückweisend, die Belastung der Unterthanen in willkürlicher und unnöthiger Weise zu vermehren trachtet. Das ist der eine Grund für den Fall des Alkalden; der andere Grund besteht darin, daß San Bernardo eine Prüfung der Rechnungen der vorjährigen Columbusfeier angeordnet hat, daß er daraus ersehen hat, daß mit dem Gelde der Stadt in ungesetzmäßiger Weise gewirthschaftet worden ist, und daß er gewisse dafür verantwortliche Stadtverordnete den Gerichten übergeben will.

Denn gleichwie einst die für die Columbusfeier bestimmten Gelder den Stadtverordneten zu gut gekommen sind, so pflegt den letzteren auch ein Theil der Budgetgelder zu gut zu kommen. Der Alkalde mit seinen Beamten allein (festangestellte Stadträthe giebt es nicht) vermag die Stadt nicht zu regieren und zu verwalten. So wird denn die Verwaltung einem Kommissionswesen übertragen, dessen Mitglieder den Stadtverordneten entnommen werden. Städtisches Zollwesen, Sanitätswesen, Verkehrswesen u. s. w., alles wird durch derartige Kommissionen verwaltet. Auch die Stadtverordneten Madrids sind Bürger, welche ihren Beruf ausüben, und deren Stadtverordnetenthum nur eine unbesoldete Ehrenpflicht ist. Mit der Ehre allein aber scheint es diesen Herren nicht genug gethan zu sein. So mögen sie denn wissen, wo ihr Sold blüht; und dieser Sold blüht reichlicher, je reichlicher das städtische Budget ausgesetzt ist.

Diejenigen Stadtverordneten, welche dem Alkalden den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzten, waren die Liberalen, d. h. die eigenen Parteigenossen. Damit soll nicht gesagt werden, daß er nicht auch bei den Konservativen und Republikanern Widerspruch fand. Aber das Hauptveto kam von den Liberalen, während die Republikaner am einsichtigsten waren. Madrid ist, nach dem Ergebniß der letzten Wahlen zu urtheilen, im Herzensgrund republikanisch; die öffentliche Meinung, welche den Maßregeln des Grafen San Bernardo Beifall zollte, wird, da ihr Urtheil sich mit dem Gebahren der Republikaner unter den Stadtverordneten deckt, auch hier wieder zu dem Ergebniß kommen, daß das Heil für Stadt und Staat nicht mehr von den Monarchisten, sondern allein von den Republikanern zu erwarten sei. Unbegreiflich aber bleibt die Regierung, welche, ebenso blind wie vor einem halben Jahre ihre konservative Vorgängerin, sich um die öffentliche Meinung keinen Pfifferling schert sondern es vorzieht, sich zum Instrument einiger Dutzende Bentejäger des Stadtraths zu machen.

---

* Wie wir erfahren, müssen seit Mittwoch Abend die **Verständigungsversuche** zwischen dem **Reichskanzler** und einzelnen Mitgliedern der **Centrumspartei** als endgiltig **gescheitert** betrachtet werden. Die Vertreter des Centrumsstandpunktes glaubten die Minimalziffer der Reichsregierung — 52,000 Mann mehr — nicht bewilligen zu können. Jetzt also dürfte im Reichstage nur noch der durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Form Genüge geleistet werden. Die Auflösung des Reichstages ist sicher.

---

* Unter dem Titel Einst; — Jetzt; — Was dann? hat der Major a. D. Graf **Otto Moltke** im Mittlerschen Verlage eine Broschüre über die **Militärvorlage** erscheinen lassen, welche theilweise größere Beachtung gefunden hat, als sie nach unserer Meinung verdient. Anzuerkennen ist allerdings, daß der Verfasser dem Temperamente des „schneidigen" Offiziers nur an einigen wenigen Stellen die Zügel schießen läßt und sich im Allgemeinen eine wohlthuende Mäßigung im Ausdruck bekundet; aber sachlich bieten seine Ausführungen nichts Neues. Wer aus dem Titel schließen wollte, daß Moltke die Heeresorganisation der Vergangenheit mit der der Gegenwart einer eingehenden Vergleichung unterzieht, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, würde die Schrift enttäuscht aus der Hand legen. Er beschränkt sich im Wesentlichen darauf, die Gründe der Regierung für die Militärvorlage noch einmal vorzubringen, wobei er die von der Heeresverwaltung aufgestellten Behauptungen, ohne Rücksicht darauf, ob sie bestritten worden sind, oder nicht, als erwiesen hinstellt. Sein Hauptargument für die unverkürzte Bewilligung der militärischen Forderungen ist der Satz, daß kein Preis für Deutschland zu hoch sein könne, um die theuren Errungenschaften der letzten dreißig Jahre zu behaupten, und die nationale Ehre und Sicherheit zu gewährleisten. Daß es sich um diese Dinge handelt, ist ihm Axiom. Die Thatsache, daß gerade die Nothwendigkeit aller Forderungen von der Opposition nicht anerkannt wird, glaubt er mit der Bemerkung abthun zu können, durch die eigenartige Behandlung der Frage in den Kommissionssitzungen sei „die heilige Sache vaterländischer Wehrhaftigkeit zu einem Rechenexempel nach Art kaufmännischer Buchführung umgewandelt" worden. Er denkt nicht daran, daß die Volksvertretung gezwungen ist, sorgsam zu prüfen, was von ihr verlangt wird, weil die Regierung beinahe immer mehr gefordert hat, als sie brauchte, und sich in Folge dessen beinahe immer mit weniger begnügen mußte, als sie gefordert hatte. Gelänge es der Regierung, den Reichstag zu überzeugen, daß wirklich alle Neuforderungen nothwendig sind, dann dürfte der Preis allerdings keine Rolle spielen, vorausgesetzt, daß das Volk ihn überhaupt zahlen kann. Es muß dem Verfasser zugestanden werden, daß er wenigstens versucht, den Beweis für diese Möglichkeit zu erbringen, aber er kommt dabei nicht über den bekannten einseitigen Vergleich mit anderen Staaten hinaus, deren einzelne pro Kopf der Bevölkerung noch etwas mehr für Heereszwecke ausgeben, als Deutschland. Er berücksichtigt nicht, daß der Geldwerth in verschiedenen Ländern sehr verschieden ist. Er kann sich selbst der Erkenntniß nicht verschließen, daß die Rücksichten auf die Nährkraft der Nation ebenso hoch stehen, wie die auf die Wehrkräfte, aber trotzdem wagt er, es zu behaupten, daß man nicht von der „Unfähigkeit", sondern nur von der „Unlust" Opfer zu bringen, sprechen dürfe. Von einem Politiker, der solche Anschauungen bekundet, kann es nicht Wunder nehmen, wenn er die Frage, wem denn eigentlich die Opfer auferlegt werden sollen, ganz übergeht. Oder ist ihm unbekannt, daß die Kosten der Militärvorlage wieder zum größten Theile durch erhöhte Belastung von Verzehrsgegenständen aufgebracht werden sollen, an denen z. B. die Empfänger des Vierzigmillionengeschenkes als Konsumenten nur sehr wenig interessirt sind?

---

* Im **Unterrichts-Ministerium** befindet sich jetzt ein Gesetzentwurf, betreffend die **Aufbesserung der Pensionsverhältnisse der Mittelschullehrer**, in der Ausarbeitung.

---

* Die **Betheiligung an den Sparkassen** in **Preußen**, die schon seit Jahren fortwährend gestiegen ist, hat auch im Rechnungsjahre 1890 bezw. 1890/91 nach dem darüber jetzt veröffentlichten amtlichen Berichte eine erhebliche Zunahme erfahren. Es bestanden in diesem Jahre im Ganzen 1393 Sparkassen, 15 mehr als im Vorjahre.

Dazu gehörten 526 Filial- und Nebenkassen und 1621 Sammel- oder Annahmestellen bei einem Zugange von 34 bezw. 75. Die Einlagen betrugen beim Beginn des Jahres 3,102,431,883 Mark, am Schlusse des Jahres 3,281,571,003 Mark, so daß sich ein Zugang von 179,139,120 Mark ergeben hat. Auf jeden Kopf der Bevölkerung kam somit überhaupt an Spareinlagen 109,55 Mark gegen 104,85 Mark im Vorjahre. Die erzielten Zinsüberschüsse von 30,517,075 Mark ergaben nach den zinsbar angelegten Kapitalien nur 0,89 Prozent gegen 0,93 Prozent im Vorjahre. Das eigene Vermögen der Kassen stellte sich auf nur 4,873,323 Mark. Davon entfallen auf Geschäftshäuser, Grundbesitz u. s. w. 637,930 Mark, auf Zuwendungen und Garantien der Ernichter (Schleswig-Holstein) 929,284 Mark, auf die Vereinskassen zu Göttingen und Hohenhameln 241,417 Mark und auf den Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit in Aachen Gründungsvermögen 3,000,000 Mark, während sich 64,492 Mark auf eine Anzahl kleinerer Beträge ohne nähere Bezeichnung vertheilen. Für öffentliche Zwecke waren seit dem Bestehen der Kassen bis zum Schlusse des Berichtsjahres 124,353,774 Mark aufgewendet worden und davon 8,067,736 Mark im letzten Jahre. Sparkassenbücher waren 5,592,662 Stück im Umlaufe, darunter nicht klassifizirt nach der Höhe der Einlagen 48,495 Stück. Von den übrigen 5,544,167 kamen auf Bücher bis zu 60 Mark Einlagen 29,04 Prozent, von über 60 bis 150 Mark 16,64 Prozent, von über 150 bis 300 Mark 14,64 Prozent, von über 300 bis 600 Mark 15,60 Prozent und von mehr als 600 Mark 24,08 Prozent. Auf jedes der 5,592,662 Sparkassenbücher entfielen von den Einlagen im Durchschnitt 586,76 Mark.

Von den zinsbar angelegten Kapitalien kamen auf städtische Hypotheken 28,02, auf ländliche Hypotheken 26,19, auf Inhaberpapiere (Kurswerth) 31,36, auf Schuldscheine ohne Bürgschaft 0,23, auf Schuldscheine mit Bürgschaft 3,99, auf Wechsel 1,45, auf Faustpfand 1,66, auf Anlagen bei öffentlichen Institutionen 6,83, auf Anlagen bei der preußischen Renten-Versicherungsanstalt 0,27 Prozent. Die Verwaltungskosten sämmtlicher Kassen beliefen sich auf 6,295,827 Mark.

---

* Es scheint in der That eine **allgemeine** Verfügung vorzuliegen, nach welcher die **politischen Rechte** der Mannschaften des **Beurlaubtenstandes** durch militärische Vorschriften eingeengt werden. Aus mehreren Ortschaften schon ist Aehnliches berichtet wie der Inhalt der nachfolgenden Korrespondenz, die uns aus Salzungen vom 19. April zugeht:

Berechtigtes Aufsehen erregte es in der heute hier abgehaltenen Frühjahrskontrolversammlung, daß nach Verlesung der üblichen militärischen Bestimmungen der Bezirksfeldwebel noch einen Zettel hervorholte, von welchem er eine Verfügung ablas, die alle Mannschaften des Beurlaubtenstandes mit einem Schlage wichtiger politischer Rechte beraubt. Soweit der Bezirksfeldwebel, der sich durch ein wenig verständliches Organ auszeichnet, überhaupt zu verstehen war, sollen sich die Personen des Beurlaubtenstandes in Zukunft nicht mehr an Versammlungen betheiligen, in welchen über militärische Dinge — soll wohl heißen „die neue Militärvorlage" — verhandelt wird. Noch weniger aber dürfen sie solche Versammlungen einberufen. Außerdem ist es ihnen verboten, nach dieser Richtung hin Unterschriften zu sammeln oder Unterschriften abzugeben. Wer eine solche Versammlung einberuft oder Unterschriften sammelt, wird mit Gefängniß oder Festung bis zu 3 Jahren bestraft; wer an einer solchen Versammlung Theil nimmt oder seine Unterschrift hergiebt, mit Gefängniß oder Festung bis zu 6 Monaten bestraft. Auf Grund welches Gesetzes diese auffallende Verfügung, die natürlich Jedermann mit der Militärvorlage in Verbindung bringt, erlassen worden ist, wurde nicht mitgetheilt. Auch ist man durchaus nicht gewillt, sich bei der bevorstehenden Neuwahl zum Reichstag danach zu richten.

Es ist als sicher anzunehmen, daß die Militärverwaltung bei der nächsten Gelegenheit — und die wird sich sehr bald finden — um Aufklärung über diese auffallenden Vorgänge ersucht werden wird

---

Vom Dockstreik in Hull.

Unser Londoner ☐-Korrespondent schreibt:

Stehen wir wieder vor einem großen Dockstreik? Es hat beinahe das Aussehen, und doch ist es kaum glaublich, daß die Führer der Arbeiterbewegung einen solchen Ausstand, der Hunderttausende von Arbeitern zeitweilig erwerbslos machen und der Noth überliefern und dabei den ganzen Handel und Verkehr des Landes aufs tiefste stören würde, leichthin vom Zaun brächen. John Burns